



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Prävention Rechtsextremismus**

Einzelplan **03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Polizeibehörden
Buchungskreis: 2290

Produktnummer lt. Leistungsplan 1 - 4

	von	Veränderung um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Leistungsplan 2013:			
Gesamtkosten	1.309.938,5	+100,0	1.310.038,5
Produktabgeltung	1.298.271,7	+100,0	1.298.371,7

	von	Veränderung um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Leistungsplan 2014:			
Gesamtkosten	1.318.633,7	+100,0	1.318.733,7
Produktabgeltung	1.307.393,9	+100,0	1.307.493,9

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Leichte Erhöhung der Präventionsmittel zum Kampf gegen Rechts und projektbezogen kleine lokale Organisationen beim Kampf gegen Rechts unterstützen (je 40.000 Euro für 2013 und 2014) sowie Ausweitung und Verbesserung der Arbeit des Beratungsnetzwerkes Hessen – mobile Intervention gegen Rechtsextremismus (je 60.000 Euro in 2013 und 2014)

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende
Thorsten Schäfer-Gümbel